

Stillschweigende Zuarbeit für Rüstungsindustrie

An der Universität Karlsruhe betreiben Studenten seit Jahrzehnten ohne ihr Wissen Militärforschung

Von Dietrich Schulze

An der Universität Karlsruhe wollen Studierende erreichen, dass ihre Uni zu einem Verzicht auf Militärforschung verpflichtet wird. Jetzt wurde bekannt, dass sich Studierende der Uni seit vielen Jahren ohne ihr Wissen an wehrtechnischer Forschung beteiligen.

Die Bombe platzte bei einer Podiumsdiskussion. Die Gewerkschaften ver.di und GEW hatten zusammen mit Studierenden zu einer Debatte über das Ende der Militärforschung an der Uni Karlsruhe geladen. Dort berichtete Christoph Klein-Brabender, früheres Senatsmitglied der Universität Tübingen, über einen dort Ende der 1980er Jahre diskutierten Kooperationsvertrag mit einem Forschungsinstitut für Informationsverarbeitung und Mustererkennung (FIM) in Ettlingen bei Karlsruhe. Angeblich sollte die Kooperation ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Als jedoch die Offenlegung verlangt wurde, sei der Vertrag geplatzt.

Das Ettlinger FIM, 1974 als Wehrforschungsgruppe gegründet, ging aus einer 1964 aus dem Nachrichtentechnischen Institut (NTI) der Uni Karlsruhe ausgegliederten Forschungsgruppe hervor und wurde später in das Wehrforschungsinstitut FGAN-FOM (Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften – Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung) integriert. Erst aufgrund von Bundestags- und Landtagsanfragen und auf Nachbohren von ver.di hatte der Rektor der Uni, Horst Hippler, zugegeben, dass am NTI wehrtechnische Forschung betrieben wird. Bei dem von der Bundeswehr finanzierten Militärforschungsprogramm »Software Defined Radio« geht es um ein rechnerunterstütztes Funkkommunikationssystem, das besonders für Einsätze von multinationalen Kampftruppen wie NATO Response Force und EU Battle Groups gebraucht wird. Militärs schwärmen von der Revolutionierung des Schlachtfelds durch

vernetzte Kampfeinsätze, die ein effektiveres Töten des Feindes ermöglichen.

Seit über vier Jahrzehnten also pflegt das NTI weitgehend unbekannt, stillschweigende Kooperationen mit Wehrforschungsinstituten. Generationen von Studierenden der Uni Karlsruhe haben damit über Studien- und Diplomarbeiten der Wehrforschung zugearbeitet, in der Regel ohne einen blassen Schimmer davon zu haben. Für Nadja Brachmann, Studierendenvertreterin im Uni-Senat, ist das ein weiteres Argument dafür, eine Zivilklausel an der Uni zu verankern, mit der das vom Grundgesetz garantierte Freiheitsrecht der Studierenden, Doktoranden und studentischen Beschäftigten gewährleistet werde, nicht von Professoren unwissentlich in Militärforschungsprogramme eingebunden werden zu können. Bei einer Urabstimmung Ende Januar hatten sich 63 Prozent der abstimmenden Studierenden für eine solche Klausel ausgesprochen.

Diese braucht eigentlich nicht erfunden werden. Das Forschungszentrum Karlsruhe, das mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology (KIT) verschmolzen wird, hat sie bereits »Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke«, heißt es dort in einer Vereinbarung. Praktiziert wird diese seit mehr als einem halben Jahrhundert zum Nutzen der Allgemeinheit.

Das für die KIT-Gesetzgebung zuständige Land Baden-Württemberg, vertreten durch Wissenschaftsminister Peter Frankenberg, und die Universitätsverwaltung verhalten sich abwehrend, widersprüchlich und scheuen die öffentliche Diskussion. Dass die Zivilklausel gegen Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes (Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre) verstoße, wie vom Wissenschaftsminister und der Uni-Leitung behauptet, wurde allerdings nach Ansicht der Studierenden durch ein Gutachten widerlegt. Ver.di-Landesbezirksleiterin Leni Breymaier appelliert daher an Landes- und Bundesregierung, sich der gesellschaftlichen Debatte über Militärforschung zu stellen, die einmalige Chance für die Gestaltung des öffentlich finanzierten KIT zu nutzen und die Zivilklausel gewinnbringend auf die gesamte Universität zu übertragen.